

Tag des Ökolandbaus 2006

Bio statt billig

Wege zu neuem Wohlstand

Schlusswort

Dr. Felix Prinz zu Löwenstein, BÖLW

Wir haben heute einen Blick auf viele Aspekte eines Wohlstandes geworfen, der sich anders messen lässt, als mit den Zentimetern des Bauchumfanges oder der Anzahl der nach Mallorca gebuchten Billigflüge. Wenn anschließend der Förderpreis Ökolandbau überreicht wird, dann werden wir eine ganze Reihe anderer Beispiele dafür kennen lernen, welche Beiträge diese Wirtschaftsform zum Wohlstand bieten kann.

Der erste Preisträger engagiert sich in einem Bereich, über den Alexander Gerber referiert hat: Es werden dort in hohem Maße Arbeitsplätze für Menschen zur Verfügung gestellt, für die in der sonstigen Wirtschaft niemand mehr Verwendung findet. 70 Prozent aller Arbeitsplätze für behinderte Menschen in landwirtschaftlichen Betrieben werden von Ökohöfen gestellt. Und das hat seine Gründe.

Es sind diese Beispiele, die zeigen, dass in der politischen Diskussion über das Engagement des Staates für ökologischen Landbau und ökologische Lebensmittelwirtschaft das Wort Subventionen falsch am Platz ist.

Was die Gesellschaft in ökologischen Landbau investiert, sei es durch Agrarumweltprogramme, im Bundesprogramm Ökologischer Landbau oder in der Forschung, - all das wird ihr durch Gegenleistung entgolten.

Obendrein ist der ökologische Landbau ein System, mit dem die gesellschaftlichen Ziele durch staatliches Engagement sehr unbürokratisch erreicht werden können - auch dies ein Thema, das in unserer Zeit eine große Rolle spielt. Denn der Ökologische Landbau kann solche Leistungen in einem fertigen Paket anbieten.

Aber gerade weil das so ist, machen uns einige Dinge in der aktuellen politischen Entwicklung große Sorgen. Da sind die soeben beschlossenen drastischen Kürzungen der EU-Haushalte für die Landwirtschaft. Gleichzeitig drängt man überall in Europa und so auch bei uns in Deutschland darauf, dass die Kürzungen, die jetzt erforderlich werden, nicht dort statt finden, wo staatliche Einkommensübertragungen an Landwirte passieren, nämlich im Bereich der Direktzahlungen. Man begründet dies mit dem Bedürfnis nach Verlässlichkeit: Es habe eine Agrarreform mit Zeiträumen und Horizonten gegeben, und jetzt müssten die Bauern darauf vertrauen dürfen, mit dem zugesagten Geld rechnen zu können. Somit werden diese Kürzungen voll auf die so genannte zweite Säule der Agrarförderung durchschlagen. In Deutschland bedeutet das im Durchschnitt 35% Kürzungen, in den neuen Bundesländern ca. 30%, in den alten ca. 47%.

Wir stellen aber die Gegenfrage: Was ist denn mit der Verlässlichkeit für all diejenigen, die der Politik geglaubt haben, dass sie auf die Dauer die Mittel herunter fahren wird, die ohne weitere Gegenleistung als Einkommenssicherung gezahlt werden, und im gleichen Zeitraum die Mittel herauf fahren, die verwendet werden, um tatsächlich Leistungen zu erhalten? Über die Verlässlichkeit für diese Landwirte und andere Akteure wird im Moment überhaupt nicht mehr gesprochen und das müssen wir einfordern.

Und wir müssen einfordern, dass das von der EU ja zur Verfügung gestellte Instrument der Modulation dazu verwendet wird, den Abbruch in der zweiten Säule zu verhindern, und damit den Abbruch der Mittel, die wir brauchen, um die Leistungen zu erzeugen, über die wir heute gesprochen haben.

Der zweite Bereich, der uns Sorge macht, hängt mit dem erst genannten zusammen. Schon heute haben einige Bundesländer die Umstellungsförderung, z.T. sogar die Beibehaltungsförderung, gestrichen. Das ist sicher nicht nur, aber doch sehr wesentlich dafür verantwortlich, dass wir im Moment ein starkes Zurückgehen der Neu-Umstellungen erleben. Das konfrontiert uns mit einer Situation, in der wir bei 15% Zuwachs im Markt nahezu keinen Zuwachs an landwirtschaftlichen Umstellungen haben. Das wiederum bedeutet, dass die Marktchancen, die für Landwirte in Deutschland entstehen, nicht wahrgenommen werden. Auch wenn wir dem Ausland herzlich gönnen, Absatzchancen in Deutschland wahrzunehmen – wir können doch nicht hinnehmen, dass uns sowohl unser eigener Markt als auch auf Dauer vieles, was in der Kette der Verarbeitung daran hängt, als Chance verloren geht! Wir müssen deutlich machen, dass es eben nicht darum geht - wie in den letzten Wochen fälschlich in der politischen Diskussion behauptet worden ist - die Spielwiese oder die Lieblinge einer bestimmten politischen Richtung nicht mehr zu bevorzugen. Es geht darum, Chancen wahrzunehmen, die der ökologische Landbau und die ökologische Lebensmittelwirtschaft unserer Gesellschaft bieten.

Der dritte Punkt ist ein Bereich, der deutlich nicht nur die ökologische Landwirtschaft betrifft, aber eben doch auch sehr stark: die Agro-Gentechnik. Wir erleben in der politischen Diskussion – im Moment geht es ja um das Verbale – einen Paradigmenwechsel. Bis jetzt war klar, dass es die Aufgabe des Staates ist, durch sein Regelwerk dafür zu sorgen, dass gentechnikfreier Anbau möglich bleibt, und damit die Wahlfreiheit für Landwirte und Verbraucher zu sichern, Lebensmittel ohne Gentechnik zu erzeugen und zu sich zu nehmen. Jetzt ist davon die Rede, es sei die staatliche Aufgabe, im Interesse von Forschung und Wirtschaftsentwicklung - was immer darunter ins Detail herunter gebrochen tatsächlich zu verstehen ist – dafür zu sorgen, dass die Gentechnik in der Landwirtschaft endlich ihren Durchbruch erlebt. Das hat zu Recht im ganzen Land Empörung hervorgerufen. Sicher haben diejenigen, die das politisch laut gefordert haben, nicht bedacht, dass gerade konservative Menschen darauf so empfindlich reagieren würden. Sie haben auch offenbar nicht wahrgenommen, dass rundherum in Europa gerade die konservativ regierten Länder wie Österreich, Schweiz oder Polen klar gemacht haben: Wir wollen dafür sorgen, dass die Gentechnik unsere Landwirtschaft nicht auf kaltem Wege übernimmt! Es ist unsere Aufgabe, Minister Seehofer und der politischen Richtung, die er vertritt, diese Zusammenhänge zu verdeutlichen!

Wir haben letzte Woche erlebt, dass die Ankündigung von Hipp, seine Rohstoffbasis, wenn er sie hier nicht mehr gentechnikfrei gesichert sieht, woanders zu suchen, eingeschlagen hat wie eine Bombe. Und das war kein PR-Gag, meine Damen und Herren. Es ist die tiefe Sorge, die seine Firma umtreibt, die Herrn Hipp dazu gebracht hat, diese Aussagen zu treffen.

Ich sage aber auch sehr deutlich: Als Renate Künast ihr Amt vor sechs Jahren angetreten hat, ist sie auf Veranstaltungen des Bauernverbandes mit Methoden der Meinungsauseinandersetzung konfrontiert worden, die alles andere als schön waren. Es waren diese Methoden, die zu einer Grabenöffnung und einer Konfrontation geführt haben, die es heute zu beseitigen gilt. Nicht etwa die Politik für den Ökolandbau.

Ich bin der Meinung, dass wir diese Methoden nicht nötig haben. Ich bin der Meinung, dass wir die öffentliche Auseinandersetzung mit der Unterstützung bestehen können, die wir in der Gesellschaft genießen und mit den Argumenten, die wir haben. Wir suchen das Gespräch mit dieser neuen Regierung, wir suchen das Gespräch mit diesem neuen Ministerium. Die

Gespräche der letzten Tage ermutigen mich sehr, dass dies auch möglich sein wird. Und ich nehme auch die Tatsache, dass Minister Seehofer sowohl die Biohalle eröffnet hat, und dass er heute hier den Förderpreis verleihen wird, als ein gutes und ermutigendes Zeichen. Wir werden jede Gelegenheit nutzen, unsere Anliegen dort anzusprechen. Auch Sie sollten dies tun und zwar nicht nur hier, sondern auch dort, wo sie zuhause sind, wo sie Kontakt mit Politikern haben.

Sie haben in der heutigen Veranstaltung sicherlich vieles gehört, das Sie schon wussten, manches – so hoffe ich – war Ihnen auch neu. Darüber hinaus ist aber auch Selbstvergewisserung wichtig. Wir müssen uns hin und wieder zusammensetzen und uns bewusst machen, was wir können und leisten. Auch das war Aufgabe der heutigen Veranstaltung. Das brauchen wir, denn trotz der großen Zustimmung, die wir in der Gesellschaft genießen, haben wir große politische Auseinandersetzungen zu bestehen. Ich finde, dass wir gut dafür aufgestellt sind!